

Laibacher Zeitung.



Nr. 10.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 12, halbj. fl. 6-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Freitag, 14. Jänner.

Anfertigungsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größerer pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 8 kr.

1876.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Jänner d. J. den Professor an der salzburger Staats-Realschule, Bezirksschulinspector Franz Charwat zum Director der Staats-Realschule zu Troppau allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Der Minister des Innern hat den Bezirkscommissär Alois Ritter v. Bosizio zum Statthaltersecretär im Küstenlande ernannt.

Der Minister des Innern hat den Oberingenieur Franz Ricci zum Bauathe für den Staatsbaudienst im Küstenlande ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Sämmtliche Blätter betonen den Ernst der Lage, die das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes bei seinem Wiederzusammentritte vorfindet. Hierbei gelangt auch die Frage zur Erörterung, ob das Abgeordnetenhaus mittelst einer Interpellation die Regierung über den Stand der Verhandlungen mit Ungarn befragen solle.

Die Neue freie Presse weist in dieser Beziehung nach, daß eine Interpellation den angestrebten Zweck nicht erreichen würde. Es sind eben Verhandlungen von Staat zu Staat, welche geführt werden, in deren inneres Räderwerk die Volksvertretung vor dem Abschlusse niemals Einblick zu nehmen in der Lage ist. Der Reichsrath könne demnach nicht anders handeln, als dem Ministerium einfach die Führung der Verhandlungen und damit die ganze Verantwortlichkeit überlassen. Das gegenwärtige Ministerium hat bisher nicht den geringsten Anlaß gegeben, seiner Führung gerade in der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches zu mißtrauen.

Das Neue wiener Tagblatt constatirt, daß insoferne eine Besserung eingetreten ist, als die Basis einer Verständigung mit Ungarn gefunden wurde. Das Abgeordnetenhaus werde nicht durch die Beängstigung inner Ministerie in der ruhigen Ausübung seiner Pflichten gestört. Worin aber die Verständigung zwischen beiden Reichshälften bestehe, das, meint das

Blatt, werde das Abgeordnetenhaus in diesem Sessionsabschnitte kaum erfahren.

Dagegen hofft die Presse, das Ministerium werde im Verkehre mit einzelnen Parlamentsmitgliedern Gelegenheit nehmen, sich über die obschwebenden Fragen zu äußern und, falls die getroffenen Abmachungen hierzu berechtigen, den Schleier zu lüften, der annoch auf denselben ruht. Es würde sich dies auch im Interesse der publicistischen Discussion empfehlen.

Das alte Fremdenblatt ist geneigt, in einer Interpellation sogar einen Mißbrauch des Interpellationsrechtes zu erblicken, weil man nicht aus bloßem Borwitz interpellirt und auch dann nicht, wenn man im vorhinein wissen muß, daß eine genügende Antwort nicht gegeben werden kann. Das Blatt empfiehlt das Beispiel der großen fusionierten Partei des ungarischen Unterhauses, die wie ein Mann für das Ministerium Tisza einsteht.

Die Tagespresse tritt dem Vorhaben einer Interpellation keineswegs entgegen, protestirt jedoch nur dagegen, daß man die gerechtfertigte Discretion, welche den Ministern vorzeitige Enthüllungen verbietet, zu abermaligen Schreckensbildern ausbeute.

Die Deutsche Zeitung meint, daß es mit Hinblick auf die Ungewißheit, ob es uns zum Heile gereicht, daß unsere Regierung in ihrem Vorgehen sich nicht beirren lassen wird, noththue, daß der Reichsrath die Regierung über die öfener Conferenzen interpelliere.

Das Extrablatt weist den geringen Werth einer solchen Interpellation nach. Gleichwol wäre es Pflicht der Volksvertretung, der Regierung genau die Grenze auszustechen, bis zu der sie Ungarn gegenüber gehen dürfe. Dies geschehe am besten in Form einer Resolution, die allerdings sorgfältig erwogen und stylisirt sein müßte, damit einerseits die Action der Regierung nicht unnöthig behindert und andererseits der Begehrlichkeit der Magyaren kein allzuweiter Spielraum gelassen werde.

Das Neue Fremdenblatt empfiehlt dem Parlamente eindringlichst Objectivität in den Verhandlungen mit Ungarn.

Inbetreff des österreichischen Reformprojectes wird der „Pol. Corr.“ aus bekannter guter Quelle aus Paris geschrieben: „Wenn meiner letzten Meldung, daß Frankreich vorbehaltlos dem Reformprojecte des Grafen Andrassy zugestimmt habe, beichtigend entgegengesetzt wurde, daß dieselbe verfrüht sei, so handelt es sich dabei um eine reine Wortklauberei. Es ist ganz klar, daß eine endgiltige officielle und geschriebene Eröffnung auf die österreichische Mittheilung

vonseite Frankreichs in Wien noch nicht eingelangt ist. Sie wird wahrscheinlich dort auch nicht früher einlangen, als bis ein Einvernehmen zwischen Frankreich, England und Italien hierüber erzielt sein wird. Es ist aber deshalb nicht weniger positiv, daß der Duc Decazes, nachdem er den Reformentwurf des Grafen Andrassy geprüft hatte, sich beeilt hat, seine günstigen Eindrücke, die er davon empfangen, dem Grafen Apponyi mitzutheilen und daran die weitere Eröffnung zu knüpfen, daß die französische Regierung bereit sei, dem Entwurfe beizutreten und denselben in Konstantinopel unterstützen zu lassen. Selbstverständlich hat sich Graf Apponyi beeilt, telegraphisch das wiener Cabinet von diesen Ansichten und Absichten Frankreichs zu verständigen. So verhält sich und so steht die Sache, soweit es Frankreich betrifft.“

Der genannten Correspondenz wird aus Berlin betreffs dieser Reformvorschlüge folgendes mitgetheilt:

„Die Version, daß die Pforte sich den österreichischen Reformvorschlügen gegenüber definitiv ablehnend verhalten will, findet hier aus dem Grunde keinen Glauben, weil dieselbe, als sie in die Errichtung der Consularcommission zu Mostar willigte, damit auch der vermittelnden Mediation der Mächte ihre Zustimmung gab, welche jetzt nur in unabweislicher Consequenz jenes ersten Schrittes handeln. Die Insurgenten dürften zu den Vorschlägen, welche der Generalgouverneur des neuen „Bilayet-Perzegowina“ ihnen mitbringen soll, ebenso wenig Zutrauen haben, als zu den Versuchungen, mit welchen Serover Pascha sich Monate lang abmühte. Selbst wenn Ali Pascha von den wohlwollendsten Gesinnungen befeelt wäre, so läge darin noch keine Garantie für eine Bevölkerung, welche eine Stabilität der Verwaltung nicht, sondern nur eine Stabilität der Unterdrückung und Misshandlung kennt, im übrigen nur gewohnt ist, gerade die besten Beamten am schnellsten wieder verschwinden zu sehen.“

Sollte England der Mediation seine Mitwirkung verweigern — auf der hiesigen englischen und türkischen Botschaft scheint man vor kurzem noch anderer Ansicht gewesen zu sein — so könnte es damit eine schwerwiegende Verantwortlichkeit übernehmen, abgesehen davon, daß es sich von allen übrigen Signatarmächten des pariser Friedens trennen würde. Die Pforte in ihrem Widerstande bestärken, heißt: den Aufstand über das von den verschiedensten Gesichtspunkten aus zu deutende Maß seiner Dauer verlängern und dadurch die Complicationen heraufbeschwören, welche man vermeiden will. Vorausichtlich wird Mahmud Pascha sich noch

Feuilleton.

Theater.

Das Theater-Comité, auf dessen Schultern die unter den gegenwärtigen mißlichen Verhältnissen doppelt schwierige Aufgabe ruht, die Saison einem gedeihlichen Ende zuzuführen, ist eifrigst bemüht, dieses Ziel zu erreichen. In einer Dinstag abends abgehaltenen längeren Sitzung desselben berichtet das engere Executiv-Comité über das Resultat der von ihm in Wien eingeleiteten Unterhandlungen behufs Completirung des bisherigen Personales und Gewinnung von außergewöhnlichen Zugkräften.

Wir entnehmen hieraus, daß es demselben trotz der Schwierigkeiten, die sich der Verschaffung besserer Kräfte während der Saisonzeit entgegenstellen, dennoch gelungen ist, in der Person des Fräuleins Allegrì vom Theater a. d. Wien eine renommierte Operettensängerin zu acquirieren. Dieselbe trifft bereits am 19. d. M. hier ein und bringt uns, soweit jetzt überhaupt schon fixierbar ist, gleich zu ihrem Entrée eine interessante Novität, nemlich Suppé's hier noch nicht gesehene Operette „Frau Meisterin.“

Desgleichen ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß die mit Herrn Rüdinger vom Theater a. d. Wien, dann mit dem bekannten fahrenden Künstler, Herrn Stanislaus Lesser, sowie mit dem Operettentenor Teles vom Carltheater angeknüpften Verhandlungen hinsichtlich von Gastspielen demnächst zum erwünschten Abschlusse gelangen und uns somit für die zweite Saisonhälfte ein ebenso genußreiches als mannigfaltiges Repertoire in Aussicht stellen dürften.

Eventuellen Falles sind auch mit Fräulein Stauber und Herrn Mathias aus Graz Gastspielunter-

handlungen projectirt, da das Comité ernstlich entschlossen ist, alles aufzubieten, um für die zweite Saisonhälfte ein möglichst anziehendes und abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen und so die in der letzten Zeit leider etwas gesunkene Theaterlust neuerdings zu beteben.

Damit endlich auch dem Carneval sein Recht werde und Melpomenens lebensheitere Schwester Terpsichore nicht ganz ausgeschlossen bleibe, und wenigstens an einigen Abenden ihr würdevolles Scepter schwingen dürfe, beschloß das Comité, im Laufe des Faschings drei Maskenbälle zu veranstalten und dieselben durch humoristische Arrangements verschiedener Art, deren Programm wir seinerzeit bekannt geben werden, möglichst anziehend zu gestalten. Die Festsetzung und Leitung derselben hat Herr Thaller aus Gefälligkeit übernommen, und läßt sich daher unter der Regide dieses Projectes mit Zuversicht erwarten. Und andererseits, um auch der Kinderwelt nicht zu vergessen und ihnen einige heitere Stunden zu verschaffen, sorgte das Comité gleichzeitig auch für das Arrangement von Nachmittagsvorstellungen, deren vorderhand drei festgesetzt sind, hierunter „Schneewittchen“, von Kindern Laibachs selbst dargestellt. Das Einstudieren und Inszenieren der letztgenannten Kindervorstellung, deren Genre sich im Laufe der letzten Jahre hier einbürgerte und sich infolge einiger gelungener Versuche seitdem bei Groß und Klein steigender Beliebtheit erfreut, war Herr Frederigk so freundlich zu übernehmen. Dank den in Laibach bereits vorhandenen, tüchtig geschulten und lampensicheren kleinen Künstlern können wir auf ein recht artiges Gelingen des Ganzen sicher hoffen.

Außer diesen artistischen Vorbereitungen war das Comité andererseits aber auch bemüht, alle jene Kreise, die an dem Fortbestande und Gedeihen der

deutschen Bühne ein unverkennbares Interesse besitzen, zur Unterstützung und thatkräftigen Förderung desselben heranzuziehen, und hat dasselbe in diesem Sinne daher beschlossen, sowohl die löbliche Sparkassedirection um Wiederzuwendung einer mit Rücksicht auf die heurigen doppelt schwierigen Theaterverhältnisse entsprechend erhöhten Subvention, wie auch die löbliche Stadtvertretung, als die zunächst berufene und mitinteressierte Förderin aller gemeinnützigen Institute unserer Stadt, zu denen wir in erster Reihe zweifelsohne auch das Theater, als eine nicht nur erhaltende, sondern vielleicht noch weit mehr allgemein bildende Kunstanstalt rechnen dürfen, um Gewährung einer dem idlen Zwecke angemessenen Beitragsleistung zu ersuchen, und werden die diesbezüglich nothwendigen Schritte, denen wir im Interesse der guten Sache einen recht günstigen Erfolg wünschen, bereits im Laufe der nächsten Tage unternommen werden.

Wie somit aus dem Mitgetheilten deutlich hervorgeht, schreitet das Comité unverdrossen und mit unermüdlichem Eifer an seine schwierige und mühevollen Aufgabe, und kann ihm daher der Vorwurf, daß es sich nicht möglichst bemüht, den durch eine unpraktische und den lokalen Verhältnissen schlecht angepaßte Leitung arg verfahrenen Thespiskarren wieder in das richtige Geleise zu bringen und unsere Stadt vor der Mißere einer theaterlosen Saison zu bewahren, sicherlich nicht gemacht werden.

Trotz alledem aber kann sein Streben nur dann gelingen und zum erwünschten Ziele führen, wenn ihm seitens des großen Publikums jene thatkräftige und unter Umständen selbst opferwillige Unterstützung zutheil wird, die jede gute Sache verdient und in unserer Stadt bisher auch jederzeit noch gefunden hat.

Der nervus rerum bleibt eben auch hier, wie in allen Unternehmungen, das leidige Geld, und wo

eine andere Auffassung der Lage aneignen, wenn dieselbe ihm in den Noten der fünf übereinstimmenden Mächte entgegentritt.

Die Haltung Frankreichs entspricht den Voraussetzungen, welche man in dieser Beziehung hegte, war auch vom Interesse Frankreichs in fast zwingender Weise vorgeschrieben. Fast scheint es, als will England sich in die Isolierung hineinbegeben, welche Frankreich damit verlassen hat, daß es sich rückhaltlos an die Seite der Kaiserkräfte stellte. England hat um so weniger Anlaß, in der Orientfrage irgend welche Verantwortlichkeiten zu übernehmen, als seine asiatischen Beziehungen ihm leicht hinderlich werden könnten, seine dissentierende Stellung mit dem seiner Würde entsprechenden Nachdruck aufrecht zu erhalten. Ihrem eigenen Schicksal überlassen, würde die Pforte voraussichtlich wenig Grund haben, sich der Macht dankbar zu erweisen, welche ihr im Augenblicke der Entscheidung über die europäische Stellung der Türkei einen verhängnisvollen Rath erteilte.

Mit so maßvollen Vorschlägen, wie die jetzigen, dürfte die Pforte sich nicht wieder abzufinden haben."

Reichsrath.

171. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 11. Jänner.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister theilt mit, daß das Finanzgesetz und der Staatsvoranschlag für das Jahr 1876 die Allerhöchste Sanction erhalten haben.

Das Bezirksgericht in Raasditz verlangt die Ermächtigung, den Abgeordneten Fürsten Georg Lobkowitz wegen einer Ehrenbeleidigung zu verfolgen. Ebenso sucht das Bezirksgericht Mattighofen die Erlaubnis nach, den Abgeordneten Heinrich Klinkosch wegen Ehrenbeleidigung zu verfolgen. Beide Ansuchen werden dem Immunitäts-Ausschusse zugewiesen.

Die zur ersten Lesung gelangende Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Die Regierungsvorlage über die Hintanhaltung der Thierkrankheiten wird einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse überwiesen.

Die Regierungsvorlage, betreffend die Maximaltarife für den Personen- und Sachtransport auf Eisenbahnen, wird dem Eisenbahn-Ausschusse zugewiesen.

Bei der hierauf folgenden zweiten Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Aushebung der für das stehende Heer und die Ersatzreserve erforderlichen Rekrutencontingente, beantragt Abg. Hanisch eine weniger strenge Handhabung der Vorschriften bei Einberufung der Reservemänner zu den Controlversammlungen.

Se. Excellenz der Herr Minister Oberst Horst theilt mit, daß er bereits denselben im Ausschusse lautgewordenen Wunsch dem Reichskriegsministerium mitgetheilt habe. (Bravo.)

Das Gesetz wird hierauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es gelangen sodann die vom Budgetausschusse gelegentlich des Staatsvoranschlags pro 1876 beantragten Resolutionen zur Verhandlung.

Bei der zum Titel „Oberster Rechnungshof“ vorgeschlagenen Resolution, vermöge welcher die Regierung

daher letzteres ausbleibt oder nur tropfenweise träufelt, wie dies leider in den letzten Tagen einigemal der Fall war, da bleiben alle einseitigen Bemühungen, mögen sie von einem noch so guten Willen getragen und befeuert werden, vergeblich und müssen ob Mangels des befruchtenden Agens in der Sandwüste des gähnenden Deficits verhinieren.

Unser Appell richtet sich daher neuerdings an alle Förderer des Schönen und Ideellen, zu denen ein gutes Theater ja auch gehören soll, und wir glauben daher nichts unwürdiges zu befürworten, wenn wir es allen dringend ans Herz legen, auf die eine oder die andere Weise, sei es nun durch recht fleißigen Besuch des Theaters, sei es durch lebhafteste Betheiligung an der Subscription, den Bestand eines Unternehmens sicherzustellen, das zu den nothwendigsten, ja wir möchten fast sagen zu den unentbehrlichsten unserer Stadt gehört und dessen wahrer Werth erst dann recht gewürdigt, zugleich aber auch schmerzlich empfunden werden würde, falls es durch Theilnahmslosigkeit und engherzigen Indifferentismus gezwungen sein sollte, den Kampf ums Dasein aufzugeben und seine Pforten vor der Zeit zu schließen. Hoffen wir also, daß letzteres nicht geschehen wird und daß es dem verehrten Comité durch sein rühriges Streben, für welches die eben erwähnten, vielversprechenden Projecte und Acquirierungen uns den besten Nachweis liefern, schon demnächst gelingen werde, die allgemeine Theaterlust im verstärkten Maße anzufachen und hiedurch unserer Stadt sein nothwendiges deutsches Theater zu erhalten, sich selbst aber für seine opferungsvolle, viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmende Thätigkeit den aufrichtigen Dank aller Freunde der Kunst und eines regen gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen.

aufgefordert wird, „den nächsten Staatsvoranschlag für den Obersten Rechnungshof in einer dem thatsächlichen Bestande entsprechenden Weise vorzulegen“, vertheidigt Finanzminister Freiherr v. Pretis den seinerzeit zur Rede gebrachten Vorgang des Obersten Rechnungshofes und führt aus, daß es sich nur um 1000 fl. handelte, welche einem Titular-Sectionschef zur Verbesserung aus dem Pauschale gegeben wurden.

Abg. Weiß von Starckenfels bestreitet die Correctheit des Vorganges und weist darauf hin, daß die bestrittenen 1000 fl. dem Sectionschef als in die Pension einrechenbar zuerkannt wurden. Die beantragte Resolution wurde sodann dem Antrage des Ausschusses gemäß angenommen.

Gelegentlich des Titels „Subventionen und Dotationen an Verkehrsanstalten“ spricht Dr. Herbst in längerer Rede für beschleunigten Ausbau der Bahn von Tarvis bis Pontafel, da der italienische Theil der Linie zum größten Theile bereits fertig und im Betriebe sei, außerdem der diesbezügliche internationale Vertrag mit Italien erfüllt werden müsse.

Se. Excellenz der Herr Handelsminister Ritter von Chlumetz gibt die Erklärung ab, daß er hoffe, in ganz kurzer Zeit dem Hause den Gesetzentwurf über den Bau der Linie Tarvis-Ponteba vorlegen zu können.

Die übrigen Resolutionen werden den Anträgen des Ausschusses gemäß angenommen.

Ueber die Lage in Serbien

geht der „Pol. Corr.“ aus Belgrad nachstehender Bericht zu:

„Der Telegraph hat unzweifelhaft die Kunde nach auswärts getragen, daß dem Ministerium Kaljević in diesen Tagen in der Skupschtina ein Unfall passiert sei. Es handelte sich um eine differierende Auslegung zwischen Regierung und Skupschtina in Bezug auf remittirte Credite in der Höhe von 400,000 Piaſtern (80,000 fl.). Die Regierung betrachtete diese Credite als ihr ein für allemal endgiltig bewilligt und reclamirte demgemäß das Verfügungsrecht darüber. Die Skupschtina dagegen sprach sich für die Restituierung dieser unverbrauchten Credite an den Staatschatz aus. Ministerpräsident Kaljević vertheidigte den Regierungsstandpunkt mit dem Aufgebote aller seiner geistigen und physischen Mittel. Indes ganz vergeblich. Mit 47 gegen 44 Stimmen wurde der Anspruch der Regierung verworfen. Wiewol diese Niederlage der Regierung mit einer ziemlich geringen Majorität bereitet wurde und das Cabinet schon früher sich vorgenommen hat, für alle Fälle bis zum Schluß der Skupschtina-Session auf seinem Posten auszuharren, so scheint die erlittene Schlappe doch Demissionsgedanken wachgerufen zu haben. Zum mindesten war gestern am ersten (griechischen) Weihnachtstage die Stadt von Krisengerüchten erfüllt. Wie weit diese letzteren bis zur Stunde begründet erscheinen, ist vorläufig schwer zu bestimmen.

Wenn einmal die Parole auf „Ministerkrise“ lautet, so können ja die neuen „Ministerlisten“ nicht lange auf sich warten lassen. In der That cursirt seit gestern bereits eine solche Ministerliste mit Namen, die größentheils der conservativen Partei angehören. Es figurieren auf derselben der gegenwärtige Agent Serbiens in Wien, Constantin Zukić, als Ministerpräsident und Minister des Aeußern, Bogitchiđić (ein Berater des Fürsten Milan) als Finanzminister, Marić für Communicationen, Stojan Kroatović für Cultus, Oberst Pročić für Krieg. Nur für das Portefeuille des Innern scheint noch kein Candidat gefunden zu sein.

Selbstverständlich hat diese Ministerliste augenblicklich noch nicht Anspruch auf Authenticität.

Vor allem muß es erst Thatsache werden, daß Kaljević seine Demission gibt und der Fürst sie annimmt. Daß sich letzterer kaum sträuben werde, wenn Kaljević und sein Ministerium ihre Entlassung fordern sollten, glaubt man hier daraus so gern zu können, daß Fürst Milan sich angeblich bereits auf telegraphischem Wege mit mehreren im Aelande weilenden serbischen Staatsmännern in Verkehr gesetzt habe.“

Ueber die Vorgänge in der Herzegowina

empfangt die „Politische Corr.“ aus Ragusa nachstehenden Bericht:

„Wenn sich die Insurgenten für längere Zeit zu einer factischen Waffenruhe entschließen können, wozu sie nach den letzten schweren Unfällen, von welchen sie ereilt wurden, allen Grund haben, so dürfte längere Zeit nichts von neuen Kämpfen und Kriegereignissen verlauten.

Wie nemlich aus sicheren türkischen Quellen verlautet, hat der neue türkische General en chef Moubtar Pascha, bestimmte Weisungen erhalten, alle Offensivoperationen gegen die Insurgenten einswellen zu sistiren, dagegen alle wichtigeren Positionen der ganzen Grenze gegen Montenegro entlang stark zu besetzen.

Diese Dispositionen haben einen politischen Hintergrund, welcher durch weitere aus Mostar hieher gelangte verlässliche Mittheilungen eindringlich beleuchtet wird. Zunächst will die Pforte noch einen letzten Versuch machen, Montenegro auf friedlichem Wege zur Einhaltung der Neutralität zu zwingen. Sie will durch starke Besetzung aller strategischen Punkte an der montenegri-

nischen Grenze gewissermaßen einen Sicherheitscordon gegen die ewigen montenegrinischen Insurgentenzüge bilden. Werden sich die Montenegriener davon in Schach halten lassen, um so besser. Wenn nicht, so werden alle montenegrinischen Hilfsscharen für die Insurgenten bei ihrem Uebertritte auf türkisches Gebiet Denkmäler erhalten, daß ihnen doch nach und nach die Lust vergehen dürfte, die Neutralität noch länger in der bisher beliebten Weise aufzufassen. Diese Maßnahmen gegen Montenegro stehen aber im engsten Zusammenhange mit der Pacificationspolitik, welche der am 24. Jänner in Mostar erwartete neue Generalgouverneur Ali Pascha (früher Botschafter in Paris) zu inaugurieren den Auftrag hat.

Ali Pascha, welchem der Ruf eines gewandten Diplomaten, tüchtigen Administrators und versöhnlichen Naturalis vorausgeht, soll alsbald nach Antritt seiner Functionen eine Art Notablenversammlung nach Mostar einzuberufen den Auftrag haben. Um dies zu erleichtern, soll eben die militärische Repression der Insurrection zeitweilig eingestellt werden. Die einberufene Versammlung soll sämtliche Gravamina der Herzegowina in einem direct an den Sultan zu richtenden Actenstücke zusammenfassen. Der Sultan würde dann alle gerechten Beschwerden berücksichtigen, namentlich aber die Steuerlast verringern und eine gerechtere Vertheilung der Steuern anordnen. Ali Pascha selbst würde sich mit einem permanenten Conseil von etwa 20 eingebornen Optimaten zur eigenen Unterstützung, Berathung und Vermittlung umgeben. Die aufständischen Districte würden von der Gnade des Sultans besonders berücksichtigt werden. Namentlich soll den durch die Ereignisse um ihr Hab und Gut gekommenen Familien ein 30prozentiger Ersatz des erlittenen Schadens bewilligt werden.

Als Boreinleitung dieser Mission Ali Pascha's darf die über Ordre aus Konstantinopel bereits erfolgte Entsendung des Kadi von Mostar, Zussuff Effendi, in das Innere des Vilajets betrachtet werden, welcher im Sinne der Ali Pascha erteilten Aufträge bei der Bevölkerung vorbereitend wirken, wie überhaupt der neuen Pacificationspolitik die Wege ebnen soll. Thatsächlich hat Zussuff Effendi seine Rundreise im Lande bereits angetreten und verspricht überall, wo er auf zerstörte und verbrannte Dörfer trifft, den Wiederaufbau derselben aus den Privatmitteln des Sultans.

Ungeachtet ist dieser neue türkische Operationsplan zur friedlichen Unterwerfung der Herzegowina gerad nicht. Ob er aber nicht schon zu spät kommt, um noch zum gewünschten Ziele zu führen, hängt zunächst von der Frage ab, welche Kraft die Insurrection nach den letzten schweren Unfällen noch in sich fühlt, um noch länger Stand zu halten.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 13. Jänner.

Der mecklenburgische Landtag ist auf den 16. Februar nach Sternberg ausgeschrieben. Die Verfassungsreform befindet sich nicht unter den Regierungsvorlagen.

Das Circulare, welches inbetreff des neuen französischen Preßgesetzes an die Präfecten expedirt wurde, erfährt eingehende Besprechung. Der Artikel 6 des Gesetzes bestimmt, daß die Präfecten in Zukunft den Zeitungen den Straßenverkauf nicht mehr entziehen können. — Der französische Ministerrath discutirte am 11. d. das Wahlprogramm des Cabinets. Man hofft, daß das Ergebnis der Berathung die Aufrechthaltung des gesammten Cabinets gestatten werde.

Wie die „Agence Havas“ verifizirt, fand am 12. d. im französischen Ministerrathe eine allgemeine Besprechung der schwebenden Fragen statt. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Parlamentsöffnung in England findet diesmal durch Ihre Majestät die Königin persönlich statt, welche hiebei von der Prinzessin von Wales begleitet sein wird.

Der englische Ministerrath trat am 10. d. zum erstenmale nach den eben jetzt beendigten Weihnachtseferien zusammen, um die Reformvorschläge der drei Nordmächte zu berathen. Nachdem die Bedenken der englischen Staatsmänner über Hintergedanken der Mächte gegen den Besitzstand der Türkei glücklich beseitigt zu sein scheinen, ist man zu der Hoffnung berechtigt, auch England werde, wie Italien und Frankreich, die Vorschläge der Nordmächte zu den seinigen machen.

Die italienische Kammer wurde am 12. d. vertagt. Der Zeitpunkt der Wiedereröffnung derselben wird wahrscheinlich für die ersten Tage des März festgesetzt werden. Die „Italienischen Nachrichten“ versichern, daß ein deutscher Prälät demnächst in Rom erwartet werde, welcher vom Vatican beauftragt wurde, im Vereine mit anderen Bischöfen die Mittel zur Herbeiführung einer Transaction in Erwägung zu ziehen, um der gegenwärtigen Lage des preußischen Klerus ein Ende zu machen.

Die Nachrichten auswärtiger Blätter von der Emission einer russischen Anleihe sind vollständig unbegründet. Weder für Eisenbahnbauten, noch für irgend welche andere Zwecke ist eine solche in Aussicht genommen.

In der serbischen Skupschtina wurde von 20 Abgeordneten ein Antrag eingebracht, wonach der frühere Kriegsminister wegen Verletzung der Verfassung durch Ausschreibung einer außerordentlichen Abgabe zur Erhaltung der Volksmiliz und für Lagerübungen in den Anklagestand versetzt werden soll. Dieser Antrag wurde einem aus neun Mitgliedern bestehenden Ausschusse zugewiesen. Bei Berathung des Ausgabenbudgets beschloß die Skupschtina, trotz Einsprache der Regierung, die Besoldung der Staatsräthe auf 1500 Thaler herabzumindern.

Bei der Berathung des Ausgabenbudgets in der Skupschtina fand eine stürmische Debatte über die Etatspositionen, betreffend die Pensionierung und das Avancement der Beamten, statt. Bei fünf Positionen wurden 504,435 Pfaster gestrichen. — Der Verfassungsausschuß wurde beauftragt, die frühere Regierung wegen Ueberschreitung des Budgets in den Anklagezustand zu versetzen.

Nach vergeblichen Versuchen, die zur Beschlußfähigkeit der griechischen Kammer erforderliche Anzahl von Abgeordneten zu vereinigen, wurde die Kammer durch königliches Decret auf 14 Tage verlagt.

Im Repräsentantenhaus zu Washington wurde seitens der Demokraten ein Finanzproject eingebracht, welches einen Versuch bildet, die verschiedenen Ansichten über die Circulationsmittel zu vereinigen. Dasselbe schlägt vor, das Gesetz vom Jahre 1875 über die Wiederaufnahme der Barzahlungen zurückzuziehen und den Termin der Wiederaufnahme später in Conferenzen zwischen dem Staatssecretär und den Präsidenten der verschiedenen Nationalbanken festzustellen. Die Demokraten werden voraussichtlich über eine gemeinsame Haltung in der Schlußfrage einig werden. Dieselben beschloßen die Reduction des Ausgabenbudget um 3 Millionen Dollars; die Abstriche betreffen namentlich den Marine- und den Militäretat.

Tagesneuigkeiten.

Kunstgewerbe- und Zeichenschulen für Mädchen.

(Schluß.)

In Reutlingen befindet sich eine von der kön. württembergischen Centralstelle für Gewerbe und Handel unterstützte städtische Frauen-Arbeitschule, deren Zweck es ist, durch theoretischen und praktischen Unterricht selbstständige Arbeitskräfte für die weibliche Industrie heranzubilden, zugleich aber auch Töchtern jeden Standes Gelegenheit zur praktischen Ausbildung in den verschiedenen Handarbeiten zu bieten. In dieser eminent gewerblichen Schule wird zwar auch das Zeichnen gelehrt, doch hauptsächlich handelt es sich dabei, abgesehen vom Nähen und Sticken und Kleidermachen, um den Unterricht in den sogenannten reutlinger Artikeln, (Strick-, Häkel-, Filzet-, Knüpf- und Flechtarbeit) und um Uebung in den verschiedenen Häkelstücken, Filzarbeiten, in Maschen, Spitzen und Blenden, Klöppeln von Spitzen und Einfügen, Knüpfarbeiten in den verschiedenen Dessins, Uebung in eigenen Compositionen an der Hand von Vorlagen, von welchen eine reichhaltige Sammlung besteht; Analysieren der verschiedenen Gestecke und Knüpfereien, Stickerarbeiten in verschiedenen Dessins. Diese reutlinger Frauenarbeitschule hat sich mehr und mehr (immer neben ihrem laufenden Unterrichte) zu einem Seminare zur Heranbildung von Lehrerinnen für Frauenarbeitschulen gestaltet. In Württemberg bestehen noch einige Frauenaarbeitschulen für das häusliche Bedürfnis, wie in Blaubeuren, Biberach, Calw und Stuttgart.

Solche kleinere Schulen gibt es überall und auch in Oesterreich sind deren ganz vorzügliche. Für die höheren kunstgewerblichen Ausbildungen aber gibt es weder am Rheine, noch in Württemberg hervorragende Institute. Auch in Berlin, soweit die Nachrichten reichen, wird für den Zeichen- und Kunstunterricht nicht durch selbstständige Schulen gesorgt.

Der deutsche und der böhmische Frauen-Erwerbverein in Prag haben selbstständige Zeichenschulen, die sich in dem Gange des Unterrichtes an die gesetzlich vorgeschriebenen Lehrpläne halten. In dem böhmischen Frauen-Erwerbverein wird noch ein specieller Kurs für Klyographie gegeben, der von sechs Mädchen besucht und von Herrn Baril geleitet wird.

In Wien wird für diese Richtung des weiblichen Unterrichtes durch drei Anstalten gesorgt; im Frauen-Erwerbverein, in der allgemeinen Zeichenschule des Herrn Professors Bönninger die „höhere Fachschule für Kunststickerei“ und in der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums.

Im Frauen-Erwerbverein wird das Zeichnen als selbstständiger Unterricht betrieben, dann als ordentlicher Lehrgegenstand der höheren Bildungsschule und der höheren Arbeitschule. Das Programm der Zeichenschule in diesem Vereine ist klar formuliert. Die Zeichenschule ist bestimmt, das Zeichnen und Malen in Ornamenten, Blumen und Pflanzen, nach Vorlagen, Modellen oder nach der Natur, das Erfinden von Mustern für Weiß- und Buntstickerei, für Häkel-, Schling-, Stepp-, Soultage- und andere Arbeiten dieser Art; endlich das Uebertragen der Muster auf Holz, Leder und alle gewebten Stoffe, wie Tuch, Seide, Sammt u., zu lehren und zu üben.

Der Zeichenunterricht ist so eingerichtet, daß er nicht bloß als formales Bildungsmittel dient, sondern auch in verschiedenen Richtungen zum Erwerbe führt. 148 Schülerinnen nehmen an diesem Unterrichte in sechs Abtheilungen theil.

Mit der Zeichenschule steht ein Atelier in Verbindung, in welchem die absolvierten Schülerinnen, unter der Leitung des Professors der Zeichenschule, alle Arten von Musterzeichnungen und kunstgewerblichen Malereien, Zeichnungen und Entwürfe für alle Zweige der Stickerei, für Pointlacc, venetianische Spitzen, Häkelarbeiten, Soultage-Benähungen u. s. w. ausführen.

Die allgemeine Zeichenschule für Frauen des Herrn Professors F. Bönninger verfolgt gleichfalls ein klar ausgesprochenes Programm und geht einen wohl durchdachten methodischen Gang. Das correcte Zeichnen eines mächtig schwierigen Fachornamentes, die Erörterung der wesentlichen Gesetze der Perspective, das correcte Auswendig-Zeichnen von regelmäßigen Körpern und deren Verbindungen nach mündlich gegebenen Dispositionen über ihre Aufstellung bis zum Zeichnen nach Vollkörpern und den Lichterscheinungen an denselben: alles stimmt zu dem Lehrziele, welches sich diese Schule gesetzt hat. Dieselbe wird gegenwärtig von 60 Damen besucht und eine weitere Aufnahme ist wol räumlich nicht zulässig.

Während die von Herrn Bönninger trefflich geleitete Schule sich vorzugsweise jenem Frauenkreise zuwendet, der die Zeichenkunst der allgemeinen Bildung wegen oder der Vorbereitung für eine höhere Kunstausbildung halber sucht, verfolgt die höhere Fachschule für Kunststickerei in Wien in eminentem Sinne des Wortes kunstgewerbliche Zwecke. Die Schule untersteht dem Handelsministerium und wird von Frau Emilie Bach in ganz vorzüglicher Weise geleitet. Das Ziel dieser Schule ist klar formuliert; sie ist eine höhere Fachschule für Kunststickerei, für Heranbildung kunstgeübter Stickerinnen. „In derselben soll insbesondere die Uebung in allen Zweigen der Stickerei, die Wiederbelebung älterer und die Einführung ausländischer Stickerarbeiten angestrebt und durch Ausführung stilvoller, mustergiltiger Objecte so wie durch die Erkenntnis des Zusammenhanges der Stickerei mit der Entwicklung der Kunst eine geläuterte Geschmacksbildung erzielt werden.“

Der Kurs ist auf drei Jahre berechnet und bezweckt praktische und theoretische Ausbildung in dem Fache. Es wird daselbst gelehrt: 1. Sticken, 2. Freihandzeichnen, 3. Uebertragung von Musterzeichnungen auf Stoffe, 4. Schnittzeichnen, und 5. Arbeitsbuchführen. Außerdem werden Vorträge gehalten über Kunstgeschichte, Geschichte der Stickerei, Kostümkunde u. s. w.

Auch in der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums werden Schülerinnen aufgenommen, sowohl als Hospitantinnen als auch als ordentliche Schülerinnen. Einige von diesen Mädchen bilden sich als Lehrerinnen aus, andere wieder wenden sich kunstgewerblichen Zweigen zu oder suchen allgemeine Kunstbildung. Die ordentlichen Schülerinnen nehmen an dem praktischen und theoretischen Unterrichte ganz in derselben Weise theil wie die Schüler und unterziehen sich den vorgeschriebenen Prüfungen wie ordentliche Schüler; sie würden aber für das Lehramt dort vollständig befähigt erscheinen, wo Lehrerinnen gesetzlich zulässig sind. Die Zulässigkeit von geprüften Zeichenlehrerinnen ist nur eine Frage der Zeit. In Familien, in Mädchenschulen, in weiblichen Bildungsinstituten werden geschulte Lehrerinnen wol in nicht ferner Zeit wie in Fabriksschulen Eingang finden. Neunzehn von den Damen befinden sich in der Vorbildungsschule und sechzehn in den verschiedenen Fachschulen.

Diese Daten werden vielleicht dazu beitragen. Diejenigen zu orientieren, welche sich für den Zeichen- und Kunstunterricht für Mädchen interessieren, und werden zugleich auch als Handhabe geeignet sein, um weitere Maßregeln einzuleiten, wenn dieselben als nothwendig erkannt werden sollten.

— (Vom Allerhöchsten Hofe.) Zu dem am 16ten d. M. in Osn abzuhaltenden Hofball sind 200 Damen geladen. Da Kila die Lieblingsfarbe Ihrer Majestät der Kaiserin ist, herrscht nach Faillstoffen dieser Farbe lebhaft Nachfrage in den Modewaarenhandlungen.

— (Ein wiener Advocat suspendiert.) Große Sensation macht in wiener Advocatenkreisen die Suspendierung des vielbeschäftigten wiener Advocaten Dr. Josef Findeys durch den Disciplinarrath der niederösterreichischen Advocatenkammer. Vor mehreren Jahren starb in Biskau ein entfernter Auserwandter des Dr. Findeys und hinterließ mehrere minderjährige Erben. Im Testamente, das der Verstorbene zurückgelassen hatte, wurde Dr. Findeys zum Verwalter der Verlassenschaftsmasse ernannt, welche Function dieser auch annahm und mehrere Jahre hindurch führte. Etwas vor einem Jahre wurde einer der Erben volljährig und verlangte von Dr. Findeys die Rechnungslegung über das von ihm verwaltete Verlassenschaftsvermögen. Diesem berechtigten Wunsche kam jedoch Dr. Findeys trotz mehrfachen an ihn in diesem Sinne gerichteten Aufforderungen nicht nach. Endlich riß auch dem Erben die Geduld und er erstattete bei der Advocatenkammer die Disciplinarranzeige. Der Disciplinarrath leitete eine Untersuchung ein und lud Dr. Findeys vor. Dieser erschien jedoch am Verhandlungstage nicht und folgte ebenso wenig einer weiteren Aufforderung des Disciplinarrathes, eine Verteidigungsschrift zu überreichen. Diese beharrliche Widerspätigkeit veranlaßte den Disciplinarrath die Suspendierung des Dr. Findeys auf sechs

Monate anzusprechen, „um ihm Zeit zur Rechnungslegung zu lassen.“ Dieses Urtheil ist übrigens noch nicht vollkommen rechtskräftig, weil Dr. Findeys gegen dasselbe an den obersten Gerichtshof den Recurs ergriffen hat, der bisher noch seiner Entscheidung harri.

— (Künftiges Conclave.) Man telegraphiert der „Pol. Corr.“ aus Rom, 11. Jänner: „Der Papst hat angeordnet, daß die Arbeiten in den Sälen des künftigen Conclaves im Vatican begonnen werden. Die Nachricht von dem Eintritte des Bischofs von Orleans Mgr. Dupanloup hier, bekräftigt sich nicht.“

— (Für Sträflingsoverpflanzung.) Einer Kundmachung des k. k. grazer Oberlandesgerichtes zufolge wurde der von den zu einer Freiheitsstrafe Verurtheilten für die Vollstreckung des Strafurtheils zu leistende Kostenersatz für das Jahr 1876 per Kopf und Tag wie folgt festgesetzt: Bei den Gerichtshöfen in Steiermark auf 36 1/2 kr., bei den Bezirksgerichten im Sprangel des Landesgerichtes Graz auf 60 1/2 kr., des Kreisgerichtes Leoben auf 77 1/2 kr. und des Kreisgerichtes in Cilli auf 50 1/2 kr.

— (Vom spanischen Kriegsschauplatz.) Meldet der Correspondent der „Independance belge“ aus Santander: „Die carlistischen Generale richten ihre erste Verteidigungslinie auf dem großen Halbkreise ein, welcher sich von Oyarzun bis zum Berge Iguldo um die Approchen der Stellung der königlichen Truppen zieht. Sie lassen Tag und Nacht an der Verhärkung ihrer Stellungen um San Sebastian arbeiten. Ihr vorgeschobener Posten in San Marcos, die eigentliche Verteidigungslinie zieht sich von Araskalarre nach Santiagomendi und Hagan, ob dem Thal hin, in welchem die alte Straße nach Tolosa und die Eisenbahn laufen. Andoain und die Höhen von Pamel sind der Mittelpunkt dieser Stellung, während der Berg Iguldo mit seinen letzten Ausläufern oberhalb Azurbil die rechte Flanke bildet. Die Carlisten haben Batterien an fünf Orten bei Heraani, dann bei Santiagomendi, bei Arraitain und San Marcos; Andoain und die Höhen von Balabietta, mit den Straßen nach Aya, und den Driobrücken, sind die Schlüssel ihrer Stellung und sie haben dieselbe so genommen und hergerichtet, daß sie die königlichen Truppen, welche von San Sebastian aus nur gegen Heraani, die Sarte und den Orto debouchieren können, in der ganzen Zuglänge unter Feuer zu nehmen vermögen. Der Erfolg der Operationen des Generals Moriones wird von der Mitwirkung der Generale in Biscaya und Navarra abhängen. Ein vereinzelter Vorstoß kann ihm vielleicht gelingen, aber es ist eben so leicht möglich, daß seine drei Divisionen und fünf Batterien zur Wegnahme der von 16000 Carlisten verteidigten Stellungen nicht ausreichen.“

Lokales.

Aus der Landesausschusitzung

vom 8. Jänner.

Der Landesausschuß hat dem Antrage des verstärkten Ortschulrathes wegen definitiver Verleihung der Lehrerstelle an der Volksschule in St. Ruprecht an den bisherigen Schullehrer Andreas Gerçar in Catez beigestimmt. — Die Eingabe der Gemeinde Schweinberg um Subvention zu den Militär-Cordonkosten bei Absperrung der Grenze gegen Kroatien anlässlich der Kinderpest wird der Landesregierung zur Berücksichtigung mit Bezug auf das Kinderpestgesetz vom Jahre 1868 übermittlelt. — An die Gemeindevorstände wird wegen Belehrung und Aufmunterung der Landbevölkerung zur Errichtung und zum Besuche von landwirtschaftlichen Fortbildungskursen ein Circulare erlassen.

Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Fortsetzung.)

3. Das hohe k. k. Handelsministerium theilt mit Erlaß vom 17. November 1875, Z. 1763, mit, daß laut Artikel 16 des Handelsvertrages mit Frankreich vom 11. Dezember 1866 (R. G. Bl. Nr. 164) beide vertragschließenden Theile das Recht haben, diesen Vertrag zwölf Monate vor Ablauf von zehn Jahren, vom 1. Jänner 1867 an gerechnet, zu kündigen, und daß sonach mit 1. Jänner 1876 der Kündigungstermin eintritt. Unter Einem ladet es die Kammer ein, über die Wahrnehmungen, welche sich hinsichtlich der Rückwirkung des Handelsvertrages auf den Kammerbezirk ergeben haben, Bericht zu erstatten und wegen der allenfalls wünschenswerth erscheinenden Aenderungen in den einzelnen Bestimmungen des dormalen geltenden Vertrages, sowie der demselben angehängten Tarife motivierte Anträge zu stellen.

4. Das hohe k. k. Handelsministerium theilt mit Erlaß vom 24. November 1875, Z. 1792, mit, daß durch Anbahnung besonderer Verhandlungen mit der Regierung des deutschen Reiches es gelingen dürfte, den Ende 1877 ablaufenden Handels- und Zollvertrag vom 9. März 1868, R. G. Bl. Nr. 52, schon im Laufe des Jahres 1876 einer Revision zu unterziehen, so daß der neue Vertrag mit 1. Jänner 1877 in Wirksamkeit treten könnte.

Unter Einem wird die Kammer eingeladen, über die Wahrnehmungen, welche sich hinsichtlich der Rückwirkung des Handelsvertrages ergeben haben, Bericht zu erstatten und wegen der allenfalls wünschenswerth erscheinenden Aenderungen in den einzelnen Bestimmungen des dormalen geltenden Vertrages, sowie der zu demselben gehörigen Tarife motivierte Anträge zu stellen.

Die dritte Section hat mit der Vorberathung dieser sub 3 und 4 bezeichneten Gegenstände ein Subcomité bestehend aus den Kammerräthen Leopold Bürger

